



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ

DONNERSTAG, 4. JULI 2002

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute traf sich der EZB-Rat zum sechsten Mal außerhalb Frankfurts. Zunächst möchte ich unserem Gastgeber, Gouverneur Mersch, sowie den Mitarbeitern der Banque Centrale du Luxembourg für ihre Einladung und die entgegengebrachte Gastfreundschaft danken. Ich möchte hinzufügen, dass das heutige Treffen das hundertste seit der Gründung der EZB am 1. Juni 1998 war. Obwohl dieses Jubiläum nicht offiziell gefeiert wurde, möchten wir Sie doch gerne darauf hinweisen. Lassen Sie mich schließlich im Namen des gesamten EZB-Rats Herrn Pierre Werner gedenken, der vor einigen Tagen verschieden ist. Er war einer der Gründerväter der einheitlichen Währung, wofür wir ihm stets zu Dank verpflichtet sein werden.

In der heutigen Sitzung hat der EZB-Rat seine umfassende Analyse der monetären, finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklungen fortgesetzt und eine Einschätzung der in den letzten Wochen neu verfügbar gewordenen Informationen vorgenommen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht zwar weiterhin nach oben gerichtet sind, in jüngster Zeit jedoch gemischte Signale zu erkennen sind. Vor diesem Hintergrund hat der EZB-Rat beschlossen, die Leitzinsen der Europäischen Zentralbank unverändert zu belassen.

Was die Analyse im Rahmen der ersten Säule unserer geldpolitischen Strategie betrifft, so erhöhte sich der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 im Zeitraum von März bis Mai 2002 auf 7,5 %, verglichen mit 7,4 % in der Zeit von Februar bis April. Zu Beginn dieses Jahres ist zwar eine gewisse Normalisierung des M3-Wachstums eingetreten, doch nimmt die Geldmenge M3 in letzter Zeit wieder verstärkt zu. Diese Entwicklung könnte teilweise erneute Portfolioumschichtungen in M3-Instrumente im Zusammenhang mit der zuletzt wieder

gestiegenen allgemeinen Unsicherheit an den Finanzmärkten widerspiegeln. Fundamentalere Faktoren, wie etwa die niedrigen Opportunitätskosten der Geldhaltung und die konjunkturelle Erholung im Eurogebiet, haben in den letzten Monaten ebenfalls zur Geldmengenexpansion beigetragen. Zudem hat sich auch das Wachstum der Kredite an den privaten Sektor wieder beschleunigt. Bei der Interpretation der jüngsten kurzfristigen monetären Entwicklung ist zwar Vorsicht geboten, Sorge bereitet aber, dass im Euroraum deutlich mehr Liquidität vorhanden ist, als zur Finanzierung eines nachhaltigen inflationsfreien Wirtschaftswachstums benötigt würde.

Was die zweite Säule betrifft, so bestätigen die jüngsten Daten eine allmähliche Erholung des realen BIP-Wachstums im Euroraum. Die Angaben aus mehreren Umfragen sowie Vorlaufindikatoren für das zweite Quartal 2002 deuten auf etwas höhere Zuwachsraten des realen BIP-Wachstums gegenüber dem Vorquartal hin. In der Vorausschau ist ein weiteres Anziehen sowohl der Inlands- als auch der Auslandsnachfrage auch weiterhin die wahrscheinlichste Entwicklung. Die Voraussetzungen für eine weitere konjunkturelle Erholung im Euro-Währungsgebiet sind nach wie vor gegeben. Es gibt keine größeren Ungleichgewichte, und die Finanzierungsbedingungen sind sehr günstig. Gleichzeitig setzt sich das Wirtschaftswachstum außerhalb des Eurogebiets fort. Angesichts der jüngsten Entwicklungen auf den Finanzmärkten hat die Unsicherheit über das Ausmaß des Konjunkturaufschwungs - sowohl innerhalb als auch außerhalb des Euroraums - jedoch in den vergangenen Wochen nicht abgenommen.

Hinsichtlich der Preisentwicklung ist die jährliche Teuerungsrate gemessen am HVPI nach einer ersten Schätzung von Eurostat von 2,0 % im Mai auf 1,7 % im Juni gesunken. Es ist jedoch noch zu früh, diesen Rückgang als Indiz für einen nachlassenden Aufwärtsdruck auf die Preise zu interpretieren, da die Teuerung nach dem HVPI ohne die volatileren Komponenten Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel in der ersten Jahreshälfte durchweg auf einem hohen Niveau verharrte, was insbesondere den Trend bei den Dienstleistungspreisen widerspiegelt. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass die am HVPI gemessenen Teuerungsraten insgesamt in den kommenden Monaten um die 2 % schwanken werden.

Der Anstieg des Euro-Wechselkurses dürfte einen dämpfenden Effekt auf die Inflation haben. Allerdings ist es schwierig, die Größenordnung dieses Effekts zu beziffern und seinen Zeitpunkt zu benennen. Um die Preisstabilität dauerhaft zu gewährleisten, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die hohen Lohnsteigerungen, die aus den jüngsten Tarifabschlüssen in einigen Regionen resultierten, nicht auf das gesamte Eurogebiet übergreifen, nicht zuletzt, weil dies negative Folgen für Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigungswachstum und Konsumausgaben hätte.

Insgesamt ist mit der Aufwertung des Euro ein neuer Faktor hinzugekommen, der auf ein Potenzial für niedrigere Inflationsraten hindeutet. Allerdings lassen andere Faktoren, insbesondere die

Geldmengen- und Lohnentwicklung, nicht auf ein Nachlassen des Inflationsdrucks schließen. Daher bleibt es für die Geldpolitik ausgesprochen wichtig, die Entwicklung der für die Gewährleistung der Preisstabilität auf mittlere Sicht ausschlaggebenden Schlüsselfaktoren aufmerksam zu verfolgen.

Hinsichtlich der Finanzpolitik im Euroraum gab die Entwicklung der letzten Monate Anlass zur Sorge. Vor diesem Hintergrund fordern wir alle Mitgliedstaaten auf, ihrer im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingegangenen Verpflichtung, bis 2003/04 einen annähernd ausgeglichenen oder einen Überschuss ausweisenden Haushalt zu erzielen, nachzukommen. Dies ist erforderlich, damit das Vertrauen in das politische Rahmenwerk des Eurogebiets aufrechterhalten und verstärkt werden kann und damit alle Länder Haushaltspositionen schaffen können, die es den automatischen Stabilisatoren gestatten, effizient zu wirken, ohne dabei auf längere Sicht die Solidität der öffentlichen Haushalte zu gefährden. Ferner werden die Regierungen angehalten, die Reformen im Zusammenhang mit dem Volumen und der Struktur der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen voranzutreiben, um so auch Spielraum für Steuersenkungen zu schaffen und die durch die alternde Bevölkerung bedingte Belastung der öffentlichen Haushalte auffangen zu können.

In Bezug auf die Strukturreformen möchte ich kurz auf die Annahme der Grundzüge der Wirtschaftspolitik hinweisen. Eine entschlossene Umsetzung der Strukturreformen wird dazu beitragen, das Potenzial des Euro-Währungsgebiets für inflationsfreies Wachstum auszuweiten und die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 13 44-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: <http://www.ecb.int>
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.